

06. Juli 2007

Anfrage

der Abgeordneten Schittenhelm, Rauch-Kallat
Kolleginnen und Kollegen

an die Bundesministerin für Frauen, Medien und Öffentlichen Dienst
betreffend traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen

Aufgrund einer Podiumsdiskussion zum Thema „Migrantinnen in zweiter Generation“ am Internationalen Frauentag 2004 wurde von der damaligen Gesundheits- und Frauenministerin Maria Rauch-Kallat gemeinsam mit den Bundesministerinnen für Äußeres, Inneres, Bildung, Wissenschaft und Kultur, Justiz und soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz eine umfassende Initiative gegen traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen gestartet.

Im Laufe des Jahres 2005 fanden im Bundesministerium für Gesundheit und Frauen Fachgespräche zu den beiden in Österreich größten Problemfeldern der traditionsbedingten Gewalt gegen Frauen - Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung - statt. Im Zuge dieser Fachgespräche, an denen nicht nur Expertinnen und Experten aller an dieser Initiative beteiligten Bundesministerien, sondern zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter österreichischer NGOs und Beratungs- und Betreuungseinrichtungen teilgenommen haben, kam es zur Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs, der den Grundstein für gezielte Präventionsarbeit liefern sollte. Dieser Maßnahmenkatalog ist nach wie vor auf der Homepage der Frauensektion im Bundeskanzleramt in deutscher (<http://www.frauen.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=20261>) und englischer Sprache (<http://www.frauen.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=20262>) verfügbar.

Aus diesen Fachgesprächen haben sich in weiterer Folge Fachtagungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie etwa Pädagoginnen und Pädagogen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Polizistinnen und Polizisten, Gynäkologinnen und Gynäkologen, Kinderärztinnen und Kinderärzte usw. ergeben. Die Fachtagungen boten durch gezielte Workshops allen Beteiligten die Möglichkeit, an Lösungsansätzen zu arbeiten.

Wichtig war es für die damalige Gesundheits- und Frauenministerin Maria Rauch-Kallat auch, dieses Thema zu einem EU-weiten und in weiterer Folge auch internationalen enttabuisierten Thema zu machen. Daher stellte sie das Treffen der EU-Gleichstellungsministerinnen und -minister am 25. Jänner 2006 in Brüssel unter das Thema „Joint Action of Member States against Harmful Traditional Practices“. Dabei konnte nicht nur eine gemeinsame Deklaration erarbeitet werden, sondern wurde auch im Zuge der Konferenz das „Network against Harmful Traditions - NAHT“ (www.naht.info) von der damaligen Bundesministerin Rauch-Kallat und EU-Kommissarin Dr. Benita Ferrero-Waldner ins Leben gerufen, das in weiterer Folge auch in New York im Rahmen der 50. Sitzung der Frauenstatuskommission der Vereinten Nationen präsentiert wurde und auf großes internationales Interesse stieß.

Des Weiteren richtete das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen mehrere Arbeitsgruppen ein, die sich mit den unterschiedlichsten Thematiken auseinandersetzen, zB. eine Arbeitsgruppe, die an der Umsetzung der Errichtung

einer Notunterkunft für Mädchen und junge minderjährige Frauen, die von Zwangsverheiratung bedroht bzw. betroffen sind.

Aufgrund des fehlenden Datenmaterials zur Abschätzung des Ausmaßes der traditionsbedingten Gewalt gegen Frauen hat das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen am 1. März 2006 Meldedatenbanken zur Erfassung von Fällen von Genitalverstümmelungen und Zwangsverheiratungen eingerichtet. Diese Datenbanken stehen allen Multiplikatorinnen- und Multiplikatorengruppen zur Aufzeichnung von ihnen bekannten Fällen zur Verfügung. Das System kann unter www.htp-datenbanken.at abgerufen werden.

Da auch die Aufklärung von medizinischem Personal sehr wichtig erscheint, hat das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen gemeinsam mit UNICEF Österreich eine Studie in dieser Zielgruppe durchgeführt. Das alarmierende Ergebnis – der Großteil der Ärztinnen und Ärzte hatte zumindest bereits eine betroffene Patientin – hat die damalige Gesundheits- und Frauenministerin dazu veranlasst, in die Curricula der Gynäkologinnen und Gynäkologen Genitalverstümmelung aufzunehmen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Frauen, Medien und Öffentlichen Dienst folgende

Anfrage:

1. Was haben Sie in den ersten sechs Monaten Ihrer Amtszeit getan, um die umfassenden Arbeiten Ihrer Vorgängerin auf diesem Gebiet fortzusetzen?
2. Welche Maßnahmen werden Sie in den nächsten 6 Monaten in diesem Bereich setzen?
3. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Frauensektion des Bundeskanzleramts mit den Agenden der traditionsbedingten Gewalt gegen Frauen betraut?
4. Wie ist der Umsetzungsstand der Errichtung einer Notunterkunft für Mädchen und junge minderjährige Frauen, die von Zwangsverheiratung bedroht bzw. betroffen sind?
5. Wann ist mit der Eröffnung dieser Notunterkunft zu rechnen?
6. Mit welchen Budgetmitteln werden Sie diese Notunterkunft ausstatten?
7. Welche Organisation werden Sie mit der Betreuung dieser Notunterkunft beauftragen?
8. Welche politischen Maßnahmen werden Sie aufgrund der Ergebnisse der Studie „FGM in Österreich“ setzen?
9. Sind Sie diesbezüglich in Gespräche mit dem Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend eingetreten?

10. Koordinieren Sie sich generell in der Frage der Genitalverstümmelung mit dem Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend?
11. Wenn nein, warum nicht?
12. Wenn ja, in welcher Weise erfolgt die ressortübergreifende Zusammenarbeit?
13. Planen Sie gemeinsam mit UNICEF Österreich eine Folgestudie zu „FGM in Österreich“?
14. Wenn ja, wann beabsichtigen Sie diese durchzuführen?
15. Wie viele Meldungen gibt es seit Ihrem Amtsantritt in den Meldedatenbanken über Fälle von Genitalverstümmelung und Zwangsheirat?
16. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Frauensektion des Bundeskanzleramts sind mit der Betreuung der Meldedatenbanken betraut?
17. Wie werden Sie die Ergebnisse der Meldedatenbanken verwerten?
18. Informieren Sie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen in regelmäßigen Abständen über die Ergebnisse der Meldedatenbanken?
19. Welche konkreten Informations- und Schulungsmaßnahmen setzen Sie für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Bereich traditionsbedingter Gewalt gegen Frauen?
20. Beabsichtigen Sie eine Fortsetzung der erfolgreich durchgeführten Fachgespräche und Fachtagungen zu den Themen Zwangsheirat und Genitalverstümmelung für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und auf interministerieller Ebene?
21. Welche weiteren Maßnahmen zur Aufklärung von Gynäkologinnen und Gynäkologen, Hebammen und Kinderärztinnen und Kinderärzten werden Ihrerseits gesetzt werden?
22. Arbeiten Sie diesbezüglich auch mit dem Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend zusammen?
23. Wenn ja, wurden bereits Maßnahmen ausgearbeitet?
24. Werden Sie das „Network against harmful traditions – NAHT“ weiterführen?
25. Wenn ja, wann ist mit einer Aktualisierung der projekteigenen Homepage www.naht.info zu rechnen?
26. Haben Sie für die Fortführung des „Network against harmful traditions – NAHT“ Budgetmittel reserviert?

27. Wenn ja, in welcher Höhe?

28. Beabsichtigen Sie die Auslagerung des „Network against harmful traditions – NAHT“ an eine externe Einrichtung?

29. Wenn ja, an welche bzw. haben Sie diesbezüglich schon konkrete Verhandlungen aufgenommen?

30. Sind Sie in ständigem Kontakt mit Institutionen betreffend traditionsbedingter Gewalt gegen Frauen auf EU- bzw. internationaler Ebene?

31. Wenn ja, mit welchen und wie konkret ist die Zusammenarbeit mit diesen?

T. Schulz

Wandelaar

A. Schulte

Kreppmann

Brandenburg-Kaas

Ramond